

Ricardo Arias Calderón **Der Plan**
Colombia im regionalen
und globalen
Zusammenhang

Mord und Entführung, Erpressung und Drogenhandel haben in Kolumbien eine nunmehr jahrzehntelange Tradition. Hatten zunächst nur die beiden linksgerichteten Guerilla-Organisationen FARC und ELN große Teile des Landes terrorisiert, tragen heute, auch als Reaktion auf den erfolglosen Kampf der regulären Streitkräfte des Landes, die rechtsgerichteten paramilitärischen AUC zur Verschärfung des Konflikts, nicht aber zu dessen Lösung bei. Mit dem *Plan Colombia*, einer umfassenden, auch die internationale Gemeinschaft einbeziehenden Friedensinitiative der konservativen Regierung unter Andrés Pastrana, soll der Gewalt nachhaltig begegnet und dem Dialog der Kontrahenten, deren Aktionsfeld sich längst auch auf die Nachbarländer Kolumbiens erstreckt, eine reelle Chance gegeben werden. In der Tat ist nun die Guerilla am Zuge: Ihre Weigerung zur Mitwirkung am Friedensprozess würde nicht nur harte Reaktionen der Nachbarregierung provozieren, sondern vor allem die AUC auf den Plan rufen, deren Eingreifen kaum weniger als eine neue, blutige Tragödie für das krisengeschüttelte südamerikanische Land bedeuten würde.

■ **Die Gewalt**

Bereits vor Jahrzehnten kam in Kolumbien aufgrund der traditionellen politischen Konflikte zwischen Konservativen und Liberalen die organisierte Gewalt auf und verband sich rasch mit dem gemeinen Verbrechen. Später dann wurde aus dieser organisierten Gewalt ein Aufbruch, der von Guerilleros verschiedenster marxistisch-leninistischer und auch nationalistischer Couleur angeführt wurde. Im Moment stehen die Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) mit einer Stärke von etwa 26 000 Mann sowie der Ejército de Liberación Nacional (ELN) mit etwa 5000 Mann an der Spitze dieses Aufbruchs. Aufgrund der verschiedenen Verbindungen, die sich in jüngster Zeit zum Drogenhandel entwickelt haben, verfügt die organisierte Gewalt nunmehr über beträchtliche finanzielle Mittel. Außerdem haben sich als Reaktion auf die organisierte Gewalt zu ihrer Bekämpfung paramilitärische Organisationen formiert, zu denen besonders die Autodefensas Unidas de Colombia (AUC) mit einer Stärke von etwa 8000 Mann gehören. Diese Gruppierungen haben in letzter Zeit nicht nur an Stärke zugenommen, sie werden auch von verschiedenen Teilen der Gesellschaft trotz oder vielleicht sogar wegen ihres brutalen Vorgehens stillschweigend akzeptiert.

Die Organisationen der Aufständischen, die Drogenringe und die paramilitärischen Gruppen bekämpfen sich untereinander in einem komplexen, stets fließen-

den Netzwerk von Konfrontation, Kooperation und Verrat. Alle jedoch stehen sie den Streitkräften und der Polizei gegenüber. Erstere verfügen über etwa 146 000 Mann, von denen etwa 60 000 für den Kampfeinsatz zur Verfügung stehen. Die Polizeikräfte des kolumbianischen Staates sind etwa 120 000 Mann stark. Jahrelang haben viele Angehörige der Armee und der Polizei ihr Leben geopfert, um für die Mehrheit der Kolumbianer Sicherheit und eine demokratische Regierungsform gewährleisten zu können. Paradoxiertweise aber steckten die Streitkräfte auch in verschiedenen Fällen mit den paramilitärischen Organisationen und möglicherweise sogar mit den Drogenringern unter einer Decke.

In dem Konflikt zwischen den irregulären Organisationen einerseits und den regulären Militär- und Polizeiverbänden Kolumbiens andererseits haben sich die Wertbegriffe beider Seiten immer wieder verschoben und gewandelt. Dies gilt besonders für die Achtung oder Nichtachtung der Menschenrechte, das Engagement für soziale Gerechtigkeit und die Achtung von Recht und Anstand.

Zwar handeln Militär und Polizei im Namen der einzigen Autorität, die einen berechtigten Anspruch auf Legitimität erheben kann, nämlich die Landesregierung, aber eben diese Legitimität wurde durch das Verhalten der einzelnen Regierungen selbst und besonders durch das Verhalten der letzten Regierung zeitweilig in Zweifel gezogen. Die zivile Gewalt in Kolumbien wurde weder von außen provoziert, noch wird sie von außen unterhalten; vielmehr liegen ihre Wurzeln wie auch die Gründe für ihr Fortbestehen im sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereich. Zwar erhielten in den Anfängen einige aufständische Organisationen Unterstützung aus Castros Kuba, aber heute, nach der Auflösung der sowjetischen Einflusssphäre, ist das wohl nicht mehr wahrscheinlich. Auch die USA haben sich in diesem Konflikt bislang im Hintergrund gehalten, obwohl er für sie deswegen durchaus interessant ist, weil sie grundsätzlich alle Guerilleros bekämpfen, die auf irgendeine Weise von den Kommunisten unterstützt wurden. In letzter Zeit hat sich dieses Interesse aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung der Herstellung und Verbreitung von Rauschgift sogar noch verstärkt.

■ In dem Konflikt zwischen den irregulären Organisationen einerseits und den regulären Militär- und Polizeiverbänden Kolumbiens andererseits haben sich die Wertbegriffe beider Seiten immer wieder verschoben und gewandelt.

■ Die Friedensgespräche

Angesichts der Tatsache, dass verschiedene kolumbianische Regierungen jahrzehntelang versucht haben, die Aufstände mit Waffengewalt niederzuschlagen, kann man der Überlegung von Präsident Pastrana durchaus folgen, dass ein dauerhafter Frieden nur durch Verhandlungen zu erreichen sei. Sein couragierter Versuch, einen Frieden auszuhandeln, war ganz ohne Zweifel weit engagierter, umfassender und risikofreudiger als alle früheren Versuche, auch als der des ebenfalls konservativen ehemaligen Präsidenten Belisario Betancourt. Ich möchte Präsident Pastrana an dieser Stelle für seinen Mut meinen Tribut zollen.

Leider hat es jedoch bei den Verhandlungen im Hinblick auf konkrete Fragen noch keinen Fortschritt gegeben, vermutlich aufgrund einiger besonderer Umstände, die mit den Guerilleros zusammenhängen. In dem Bericht des Instituts für europäisch-lateinamerikanische Beziehungen (IRELA) vom 16. September 1999 finden sich zwei Feststellungen, die es wert sind, hervorgehoben zu werden: Zum einen wird angenommen, dass die Guerillas „in 43 Prozent aller Gemeinden des Landes“ in irgendeiner Form vertreten sind. Zum anderen „beliefen sich nach Angaben des staatlichen Geheimdienstes die Einnahmen der FARC im Jahre 1997 auf etwa 463 Millionen Dollar und die Ausgaben auf 78 Millionen Dollar, während sich die Einnahmen der ELN im selben Jahr auf etwa 340 Millionen Dollar und die Ausgaben auf 39 Millionen Dollar summierten“. Diese beiden Faktoren unterscheiden die Guerilleros in Kolumbien von ähnlichen Bewegungen anderswo in Mittelamerika: Sie sind nicht nur finanziell mehr als autark, sie verfügen auch im eigenen Land über eine ausreichende territoriale Basis, die es erlaubt, neue Mitglieder anzuwerben und auszubilden, Angriffe zu führen und Zuflucht zu suchen.

■ Die Guerilleros sind nicht nur finanziell mehr als autark, sie verfügen auch im eigenen Land über eine ausreichende territoriale Basis, die es erlaubt, neue Mitglieder anzuwerben und auszubilden, Angriffe zu führen und Zuflucht zu suchen.

Der Bericht der IRELA kommt zu dem Schluss, dass weder die Guerilla noch die Regierung in der Lage waren, einen militärischen Sieg zu erringen, und dass sich die Verhandlungen deswegen schwierig gestalten würden, da „für die Guerilla offensichtlich kein gewichtiger Grund für ernsthafte Verhandlungen besteht, denn eine militärische Niederlage er-

scheint unwahrscheinlich, die Bewegung verfügt über einen relativ breiten Rückhalt im Lande, und der Gewinn aus den zur Finanzierung des Krieges durchgeführten Aktivitäten ist mehr als beträchtlich“.

Unter diesen Umständen kann man sich fragen, ob nicht die Tatsache, dass die Menschen des ewigen Kampfes überdrüssig geworden sind, für die Guerilleros ein Grund sein sollte, die Friedensverhandlungen zu einem positiven Abschluss zu bringen? Wenn die Amtszeit Pastranas zu Ende geht und er keine Möglichkeit mehr hat, den Gang der Dinge zu beeinflussen, kann es dann nicht geschehen, dass sich die Frustration der Menschen angesichts der scheinbar endlosen und fruchtlosen Verhandlungen soweit steigert, dass bestimmte Teile der kolumbianischen Gesellschaft in ihrer Verzweiflung eine Lösung der Krise von dem brutalen Vorgehen der Autodefensas Unidas de Colombia (AUC) erwarten? Und ist es nicht möglich, dass sich aus der derzeit im Lande herrschenden Stimmung heraus bei den nächsten Wahlen eine erfolgreiche Alternative entwickeln könnte, die auf einen totalen Krieg mit all seinen unheilvollen Folgen für die Menschen abzielt? Wird nicht genau eine solche Alternative durch den Präsidentschaftskandidaten Alvaro Uribe Vélez vertreten, den früheren Gouverneur von Antioquia? Bei meinen Gesprächen mit Vertretern der Guerilla habe ich die folgende Sorge zum Ausdruck gebracht: Wenn sie sich weigern, mit einem Präsidenten zu verhandeln, der den Mut besitzt, echte Verhandlungen anzustreben, könnten sie es an seiner Stelle mit einem Präsidenten zu tun bekommen, der bereit ist, einen totalen Krieg zu führen. In einem solchen Fall würden ihnen nicht die Streitkräfte gegenüber stehen, sondern die Autodefensas. Für Kolumbien wäre das eine Tragödie.

■ Die internationale Dimension

Während die Verhandlungen auf der Stelle treten, verschärft sich der Konflikt und erhält gleichzeitig eine internationale Dimension.

Wie auf ihrer Website im Internet nachzulesen ist, schätzt die kolumbianische Regierung selbst die Lage wie folgt ein: „Im Hinblick auf die weitere Entwicklung der bewaffneten Auseinandersetzung ist ganz klar eine Intensivierung zu beobachten. Die Anzahl der Gemeinden, in denen Guerillas der FARC oder

■ Wenn die Vertreter der Guerilla sich weigern, mit einem Präsidenten zu verhandeln, der den Mut besitzt, echte Verhandlungen anzustreben, könnten sie es an seiner Stelle mit einem Präsidenten zu tun bekommen, der bereit ist, einen totalen Krieg zu führen. In einem solchen Fall würden ihnen nicht die Streitkräfte gegenüber stehen, sondern die Autodefensas. Für Kolumbien wäre das eine Tragödie.

■ 1989 verfügte die FARC über 45 und die ELN über 19 bekannte Kampfgruppen. Bei diesen beiden Organisationen kamen bis 1995 16 bzw. 14 neue Kampfgruppen hinzu. Schätzungen zufolge verfügte die FARC im Jahr 1996 über 66 und die ELN über 40 Kampfgruppen, die in sieben bzw. fünf Regionalblocks über das ganze Land verteilt operieren.

der ELN vertreten sind, stieg von ursprünglich 90 auf 310 im Jahre 1991 und auf 369 im Jahre 1998. Diese Präsenz hat sich auch in organisatorischer Hinsicht ausgeweitet. 1989 verfügte die FARC über 45 und die ELN über 19 bekannte Kampfgruppen. Bei diesen beiden Organisationen kamen bis 1995 16 bzw. 14 neue Kampfgruppen hinzu. Schätzungen zufolge verfügte die FARC im Jahr 1996 über 66 und die ELN über 40 Kampfgruppen, die in sieben bzw. fünf Regionalblocks über das ganze Land verteilt operieren.

Der Wert der Menschenleben, die so verloren gehen (zwischen 30 000 und 40 000 pro Jahr; Anmerkung des Autors) ist nicht zu bemessen. Außerdem kann man sagen, dass als Folge der bewaffneten Auseinandersetzungen das Bruttoinlandsprodukt um nicht mehr als ein bis 1,5 Prozent pro Jahr wächst.

Dazu ließe sich noch sagen, dass laut einer von der Agentur Reuter am 27. Dezember 2000 verbreiteten Nachricht in einem Armeebericht festgestellt wird, dass die sich gegenseitig bekämpfenden Gruppen eine Umweltkatastrophe von „ungeahnten Ausmaßen“ verursachen.

Gleiches wird auch in einem Dokument erwähnt, das vom American Forum für das Übergangsteam der neuen US-Regierung unter dem Titel *The Western Hemisphere: An American Policy Priority* herausgegeben wurde. In der Kurzfassung wird unter den „kritischen Brennpunkten, die die Ressourcen der Regierung potenziell beanspruchen könnten“, auch Kolumbien genannt: „Kolumbien und benachbarte Staaten: Um der ständigen Verschlechterung der politischen Sicherheit in Kolumbien entgegenzutreten, wird man sich sowohl in Washington als auch in anderen Hauptstädten viel entschiedener und massiver politisch engagieren müssen.“

In der 11. Ausgabe des *Inter-American Dialogue Report* vom 14. Dezember 2000 ist unter dem Titel „A Time of Decisions: U.S. Policy in the Western Hemisphere“ folgende Warnung zu lesen: „Kolumbien sieht sich Problemen schwerster Art gegenüber. Ein schonungsloser Guerilla-Krieg, abscheuliche Menschenrechtsverletzungen, gewalttätige Kriminalität an allen Ecken und Enden und eine wirtschaftliche Rezession schädigen die demokratischen Institutionen, und die kolumbianische Regierung verliert dabei immer mehr die Kontrolle über das Land. Die von

der amerikanischen Regierung vor kurzem genehmigte Hilfe von 1,3 Milliarden Dollar soll zwar zur Normalisierung der Lage beitragen, reicht aber möglicherweise nicht für die eigentliche Aufgabe aus, die darin besteht, der Regierung Pastrana wieder zu Autorität und Glaubwürdigkeit zu verhelfen. Man kann sich nur schwer vorstellen, wie die Regierung erfolgreich nach Frieden und Versöhnung streben soll ohne eine stärkere, professionellere Armee, die sowohl der Guerilla als auch den paramilitärischen Gruppen wirksam entgegentreten kann. Andererseits muss die Regierung aber auch den Friedensprozess effektiver vorantreiben und sich mehr für den Schutz der Menschenrechte engagieren. Auch die Tatsache, dass die Regierungen in Lateinamerika und Europa Kolumbien in seinem Kampf nur lau unterstützen, wirkt sich störend aus. Die Gefahr ist groß, dass die Gewalt in Kolumbien wächst und die Lage im Land sich weiter verschlechtert.“

Sowohl das American Forum als auch der *Inter-American Dialogue Report* heben hervor, dass sich die Lage verschlimmert, und weisen damit auf einen äußerst wichtigen Aspekt hin: Sowohl die Gewalttätigkeit in Kolumbien als auch die Friedensgespräche in diesem Land verfügen über eine regionale und sogar über eine globale Dimension.

In dem Maße, in dem sich der Konflikt verschärft, wächst nämlich auch das Risiko seiner Ausbreitung. So könnten zum Beispiel die streitenden Organisationen über die Grenzen auf das Gebiet der Nachbarländer vordringen, und es könnte geschehen, dass eine wachsende Anzahl der Einwohner Kolumbiens versucht, anderswo im Land oder aber in benachbarten oder noch weiter entfernt liegenden Ländern, besonders in den USA, Schutz zu suchen. Aufgrund des Konflikts gibt es heute bereits 1,5 bis 2 Millionen Vertriebene im Lande selbst, während unzählige andere versuchen, ins Ausland zu fliehen, wobei die Angehörigen des einfachen Volkes sich meist heimlich und illegal absetzen, während die Angehörigen der mittleren und oberen Bevölkerungsschichten das Land meist auf legalem Weg verlassen.

■ Sowohl die Gewalttätigkeit in Kolumbien als auch die Friedensgespräche in diesem Land verfügen über eine regionale und sogar über eine globale Dimension.

■ Die Wandlung des Plan Colombia und sein regionaler und globaler Zusammenhang

Durch die Mitwirkung der internationalen Gemeinschaft hat sich das ursprünglich nicht sehr genau definierte Grundkonzept des Plan Colombia gewandelt. Als Präsident Pastrana den Plan im Dezember 1998 in Puerto Wilches zum ersten Mal erwähnte, beschrieb er ihn als eine Chance für die Guerilla, sich an der Entwicklung, Gestaltung und Umsetzung verschiedener Projekte zu beteiligen, die parallel mit den Verhandlungen anlaufen sollten. Diese Projekte sollten dazu dienen, für die von den Auswirkungen der Gewalt betroffenen rehabilitationsbedürftigen Zonen Investitionen zu beschaffen, für den Rauschgiftanbau Ersatz zu finden und Umweltschäden wieder gutzumachen. Wie man hört, war der Plan Colombia sogar Teil der vorbereitenden Absprachen zwischen der Regierung und der FARC. Da aber die für den Plan im Verlauf von drei Jahren anfallenden Kosten auf etwa 7,5 Milliarden Dollar geschätzt werden, unternahm die Regierung Pastrana den Versuch, knapp die Hälfte dieser Summe (3,5 Milliarden Dollar) von der internationalen Gemeinschaft zu erhalten und etwas mehr als die Hälfte (vier Milliarden Dollar) selbst aufzubringen. Zu diesem Zweck appellierte sie an die US-Regierung, die wiederum aufgrund ihrer eigenen Prioritäten und der politischen Realität im Lande das Grundkonzept des Plans in Richtung auf eine Intensivierung der Drogenbekämpfung beeinflusste. Da in dieser Hinsicht eine enge Beziehung zu der Guerilla besteht, trat der militärische Aspekt des Plans stärker in den Vordergrund.

Der Plan sieht einen ganzen Komplex von Zielsetzungen und Programmen vor, die mit Hilfe von zehn verschiedenen Strategien in folgenden Bereichen umgesetzt werden sollen: Wirtschaft, Finanzen, Frieden, Landesverteidigung, Rechtsprechung und Menschenrechte, Drogenbekämpfung, alternative Entwicklung, soziale Beteiligung, Fortbildung und internationale Beziehungen. Soweit ich weiß, sind jedoch von den 1,319 Milliarden Dollar, die der Kongress zur Förderung des Plan Colombia bewilligt hat, 65 Prozent oder 862,3 Millionen Dollar für Kolumbien selbst vorgesehen, 14 Prozent sind für die Nachbarländer bestimmt, 17 Prozent für US-Behör-

■ ■ ■ Wie man hört, war der Plan Colombia sogar Teil der vorbereitenden Absprachen zwischen der Regierung und der FARC.

den und vier Prozent für andere Zwecke. Von den für Kolumbien bestimmten Geldern sind 70 Prozent für den Kampf gegen den Drogenanbau und den Drogenhandel vorgesehen. Davon wiederum sind 58 Prozent für die Militärhilfe und 14 Prozent für die Polizei bestimmt. Zu den grundlegenden Elementen der Planung zählen die Aufstellung von drei weiteren Batallionen zur Drogenbekämpfung und die Lieferung von 60 Hubschraubern (42 vom Typ Huey, 18 vom Typ Black Hawk) an die Streitkräfte. Des Weiteren soll an die Nachrichtendienste elektronisches Gerät zur Übermittlung von Nachrichten über Satelliten geliefert werden. Als weiteres grundlegendes Element wäre die Ausbildung von weiteren 30 000 kolumbianischen Soldaten durch US-Berater zu erwähnen, die zumindest teilweise von vorgeblich privaten Subunternehmen gestellt werden sollen.

Zwar hat General Charles E. Williams recht, wenn er darauf hinweist, dass sich die oben angegebenen Prozentsätze lediglich auf den Beitrag der USA und nicht auf die Gesamtkosten des Plans beziehen, aber es handelt sich andererseits hier um den einzigen relativ gesicherten Kostenbeitrag überhaupt. Daher können diese Prozentzahlen durchaus als Gradmesser für die Bedeutung dienen, die den einzelnen Bestandteilen des Plans zukommt.

Um jedoch die Wirksamkeit dieser militärischen Strategien zur Bekämpfung des Drogenhandels und entsprechend auch zur Bekämpfung der Guerilla sicherzustellen, müssen die Nachbarländer den Plan Colombia aktiv unterstützen, indem sie zum Beispiel einen Kordon um Kolumbien bilden. Genau dazu aber sind Venezuela, Brasilien, Peru, Ecuador und Panama nicht bereit, weil sie nicht in die innenpolitischen Konflikte in Kolumbien hineingezogen werden wollen. Auch haben diese Länder der Besorgnis Ausdruck verliehen, dass der Plan Colombia in seiner jetzigen Form sowohl den Konflikt als auch das doppelte Risiko seiner Ausbreitung nur verschärft und damit die Sicherheit der Nachbarländer insgesamt weiter untergräbt.

Unter den Nachbarländern Kolumbiens wären zwei Gruppen zu unterscheiden, nämlich zum einen die Länder, die wie Venezuela, Brasilien, Peru und Ecuador über eigene Streitkräfte verfügen und somit in der Lage sind, Kolumbien aktiv zu unterstützen, da

■ Von den für Kolumbien bestimmten Geldern sind 70 Prozent für den Kampf gegen den Drogenanbau und den Drogenhandel vorgesehen. Davon wiederum sind 58 Prozent für die Militärhilfe und 14 Prozent für die Polizei bestimmt.

sie sich ja gegebenenfalls wirksam verteidigen können. Bislang war es für diese Länder unmöglich, gemeinsam zu handeln, obschon in allen vier Ländern vorsorglich Militäreinheiten an die Grenze zu Kolumbien verlagert wurden. Unter der Leitung von Präsident Fujimori zeigte sich Peru sogar bereit, der Guerilla militärisch entgegenzutreten, obwohl andererseits Vladimir Montesinos, der Leiter des peruanischen Nachrichtendienstes, am Waffenhandel mit den Guerilleros beteiligt war.

■ Heute, nach dem Ende von Fujimoris Herrschaft, könnten sich Brasilien, Peru und Ecuador in ihrer Haltung zu Kolumbien aneinander annähern. Es wäre wünschenswert, dass diese Länder die kolumbianische Regierung gemeinsam dynamischer und effektiver dabei unterstützen, die Guerilla zur Aufnahme ernstgemeinter Friedensgespräche zu bewegen.

Heute, nach dem Ende von Fujimoris Herrschaft, könnten sich Brasilien, Peru und Ecuador in ihrer Haltung zu Kolumbien aneinander annähern. Es wäre wünschenswert, dass diese Länder die kolumbianische Regierung gemeinsam dynamischer und effektiver dabei unterstützen, die Guerilla zur Aufnahme ernstgemeinter Friedensgespräche zu bewegen. Dass die Verschärfung der Gewalt in Kolumbien nichts weiter bedeuten kann als eine weitere Destabilisierung einer Regierung, die ohnehin bereits die instabilste in ganz Lateinamerika ist, liegt auf der Hand. Die Zurückhaltung dieser Länder öffnet einseitigen Interventionen der USA Tür und Tor, eine Entwicklung, die kaum wünschenswert wäre. Auch sollte Brasilien in dieser Hinsicht die Führungsrolle übernehmen, einerseits, weil es das größte und einflussreichste Land ist, andererseits aber auch, weil die Demokratie dort stabiler ist als in den Nachbarländern.

Wenn Lateinamerika am Ende seines politischen und wirtschaftlichen Reifeprozesses wünscht, dass die Vereinigten Staaten von ihrer interventionistischen Politik ablassen, muss es selbst wirksame Lösungen für seine Stabilitäts- und Sicherheitsprobleme finden.

Ein weiterer Grund für die Schwierigkeiten, die die vier Nachbarländer mit eigenen Streitkräften bei der Festlegung einer gemeinsamen Haltung haben, ist vielleicht der jetzigen Regierung von Venezuela zuzuschreiben. Mit seiner der offiziellen peruanischen Einstellung diametral entgegengesetzten Haltung zeigt der venezolanische Präsident Chavez ganz offensichtlich Sympathie für die Guerilla in Kolumbien. Dies hat zu Spannungen mit der kolumbianischen Regierung geführt, die offen zu Tage liegen. Außer dieser Sympathie tendiert Chavez auch noch dazu,

eigenmächtig entgegen den Interessen der Vereinigten Staaten öffentlich seiner Bewunderung für Castro Ausdruck zu verleihen, wobei er sich auf einen nur nebulös definierten „Bolivarismus“ bezieht. Schlimmstenfalls könnte Chavez auch weiterhin mit Wort und Tat gegen die Interessen der Vereinigten Staaten handeln, sich weiter an Castros Ansichten über Unabhängigkeit und Souveränität annähern und dabei der kolumbianischen Guerilla unter die Arme greifen. Damit würde im nördlichen Südamerika und in der Karibik ein Dreieck von Ländern mit einer radikalen Innen- und Außenpolitik entstehen, die nicht unter dem Einfluss einer Supermacht stehen und lediglich ihren eigenen Initiativen und konvergierenden Entwicklungstendenzen folgen. Zwar kann man dieses Szenario aus verschiedenen gewichtigen Gründen nicht als gegeben betrachten, aber schon die Möglichkeit einer solchen Entwicklung zeigt, dass der Radikalismus in bestimmten Ländern neue Ausdrucksformen finden kann, und dass diese Länder sich auf regionaler und vielleicht sogar auf globaler Ebene zusammenballen. So wirkt zum Beispiel Präsident Chavez über die OPEC weit über unsere eigene Hemisphäre hinaus.

Unter den Nachbarländern Kolumbiens stellt Panama einen Sonderfall dar. Der erste Grund hierfür liegt in der vollständigen Entmilitarisierung des öffentlichen Sicherheitswesens nach dem Vorbild von Costa Rica. In der Verfassung des Landes sind militärische Organisationen jeglicher Art verboten. Der zweite Grund liegt darin, dass der Kanal nunmehr vollständig im Besitz des Landes ist und von ihm verwaltet wird. Damit muss sich Panama der internationalen Wirklichkeit sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene stellen, und aus dieser Wirklichkeit könnte eine Bedrohung der Sicherheit Panamas und der Kanalzone erwachsen. Unter diesen Bedingungen kann Panama nur dann entmilitarisiert bleiben und gleichzeitig die Sicherheit der Kanalzone garantieren, wenn es eine äußerst anspruchsvolle Politik der Neutralität verfolgt, eine Politik, die nicht nur – wie in den Verträgen zwischen Torrijos und Carter vorgesehen – für die Kanalzone gilt, sondern für das ganze Land. Nach dieser Politik hat sich Panama sowohl aus innerstaatlichen als auch aus zwischenstaatlichen Konflikten jeglicher Art

■ **Unter den Nachbarländern Kolumbiens stellt Panama einen Sonderfall dar. Der erste Grund hierfür liegt in der vollständigen Entmilitarisierung des öffentlichen Sicherheitswesens nach dem Vorbild von Costa Rica. In der Verfassung des Landes sind militärische Organisationen jeglicher Art verboten. Der zweite Grund liegt darin, dass der Kanal nunmehr vollständig im Besitz des Landes ist und von ihm verwaltet wird.**

herauszuhalten. Da nun aber der Konflikt in Kolumbien bis an die Grenzen Panamas reicht und sogar in das Land selbst hinüberschwappt, muss Panama nunmehr im Rahmen seiner Neutralitätspolitik seine Grenzregion voll in das Land integrieren, den Grenzschutz ausbauen und gegebenenfalls Beobachter der UN bzw. der OAS und vielleicht sogar eine Friedenstruppe anfordern. Für das panamaische Volk ist es undenkbar, die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten im Land zu erneuern, selbst wenn sie auf die Provinz Darien beschränkt bleiben sollte, denn dies würde einem grundlegenden Bedürfnis zuwiderlaufen, das für das gesamte Land gilt: nach einem Jahrhundert der Unterordnung, in dem das Militär der Vereinigten Staaten eine herausragende Rolle spielte, für die Beziehungen der beiden Länder untereinander ein neues Muster zu finden.

■ Es muss ganz klar gesagt werden, dass die Neutralität Panamas keineswegs so zu verstehen ist, dass das Land die Regierung von Kolumbien nicht als legitime Vertretung der dortigen Bevölkerung anerkennt oder dass der Regierung das Recht aberkannt werden soll, den Plan Colombia mit Hilfe aller Länder zu erarbeiten und umzusetzen, die zu dieser Unterstützung bereit sind.

Dabei muss ganz klar gesagt werden, dass die Neutralität Panamas keineswegs so zu verstehen ist, dass das Land die Regierung von Kolumbien nicht als legitime Vertretung der dortigen Bevölkerung anerkennt oder dass der Regierung das Recht aberkannt werden soll, den Plan Colombia mit Hilfe aller Länder zu erarbeiten und umzusetzen, die zu dieser Unterstützung bereit sind. Damit ist die kolumbianische Regierung aber auch dafür verantwortlich, dass weder bewaffnete Banden noch Flüchtlinge von ihrem eigenen Staatsgebiet aus in Panama eindringen. Wenn sie nun hierzu nicht in der Lage ist, sollte die kolumbianische Regierung in Anbetracht der Tatsache, dass sie sich zu formellen Friedensverhandlungen mit den verschiedenen Guerilla-Gruppen bereit erklärt und dazu auch ausländische Beobachter eingeladen hat, auch der Regierung von Panama das Recht zugestehen, Verbindungen zu bewaffneten Organisationen jeder Art zu unterhalten, die die Landesgrenzen verletzen könnten. Dies ist nicht als Einmischung in die Verhandlungen selbst zu verstehen, sondern als ein Versuch, durch diplomatische Überzeugungskunst das Staatsgebiet und die Neutralität Panamas zu bewahren. Auch sollten Kolumbien und Panama gemeinsam den UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) förmlich darum ersuchen, die Aufnahme kolumbianischer Vertriebener in Panama und ihre Rückkehr nach Kolumbien so zu koordinieren, dass Sicherheit und Menschenwürde gewahrt bleiben.

Zusätzlich zu dieser regionalen Dimension des Plan Colombia und der Konflikte im Lande wäre noch ein größerer globaler Zusammenhang zu erwähnen, zu dem besonders die Rolle gehört, die die Europäische Union spielen könnte und sollte. Dass Spanien eine besondere Rolle zu spielen hat, liegt auf der Hand, denn ansonsten wäre seine im Rahmen der jährlichen ibero-amerikanischen Gipfeltreffen sorgfältig gepflegte besondere Beziehung zu Lateinamerika wohl politisch inhaltlos. Diese Beziehung ist es jedoch gerade, von der der wachsende Zustrom spanischer Investitionen nach Lateinamerika abhängt. Darüber hinaus sollten wir nicht die Anstrengungen vergessen, die die Europäische Union als Ganzes unternommen hat, um in direkter wirtschaftlicher Konkurrenz zu den Vereinigten Staaten Handelsbeziehungen mit dem Mercosur, Mexiko und ganz Lateinamerika aufzubauen. Den Anstrengungen der Europäischen Union zur Erhaltung und weiteren Entwicklung ihrer Verbindungen zu Lateinamerika würde aber weitgehend der Boden entzogen, wenn sich die EU nicht an der Lösung des Konflikts in Kolumbien beteiligte, durch den zur Zeit die politische und demokratische Stabilität der Region am schwersten auf die Probe gestellt wird.

Um sowohl Lateinamerika als auch Europa auf regionaler bzw. globaler Ebene die Möglichkeit zu bieten, einen größeren Beitrag zu den Friedensgesprächen und zum Plan Colombia zu leisten, wäre es wünschenswert, dass sich die Staaten Lateinamerikas und Europas im Rahmen einer Einrichtung wie etwa der Contadora-Gruppe näher zusammenfänden. Zur Unterstützung Kolumbiens könnte man sich eine Gruppe vorstellen, zu der Brasilien, Mexiko und Venezuela genauso gehören wie Spanien und der EU-Kommissar für auswärtige Angelegenheiten. Letzterer könnte sich dabei als Mittler wie auch gegebenenfalls als Antreiber nützlich machen, der den ununterbrochenen Fortgang der Verhandlungen sowie ihren schnellen und erfolgreichen Abschluss sicherstellt. Selbst wenn keine endgültigen Vereinbarungen erzielt werden können, wären ein baldiger – gegebenenfalls auch vorübergehender – Waffenstillstand sowie eine Beendigung aller gezielten terroristischen Angriffe auf Einzelpersonen wünschenswert. Daran ließe sich effektiv feststellen, ob beide Seiten sich als

■ **Den Anstrengungen der Europäischen Union zur Erhaltung und weiteren Entwicklung ihrer Verbindungen zu Lateinamerika würde weitgehend der Boden entzogen, wenn sich die EU nicht an der Lösung des Konflikts in Kolumbien beteiligte, durch den zur Zeit die politische und demokratische Stabilität der Region am schwersten auf die Probe gestellt wird.**

Kolumbianer gleichermaßen für den Frieden im Lande verantwortlich fühlen. (Wir Panamaer kennen den Preis, den wir Ende der achtziger Jahre dafür bezahlen mussten, dass wir unsere eigenen internen Konflikte nicht lösen konnten. Seitdem haben wir hoffentlich unsere Lektion gelernt, und wir können deshalb auch frei zu unseren Nachbarn und Brüdern in Kolumbien sprechen.)

Auf diese Weise könnte der Druck, der auf den Vereinigten Staaten lastet, gemildert werden. Im Moment steht offensichtlich für die USA die militärische Seite der Hilfsmaßnahmen im Vordergrund, was wohl teilweise darauf zurückzuführen ist, dass man sich mit der Unterstützung der Regierung und Bevölkerung von Kolumbien alleingelassen fühlt.

Auf eine Frage müssen wir uns konzentrieren: In Kolumbien leben 40 Millionen Menschen auf einem Gebiet von 1,14 Millionen Quadratkilometern. 1999 belief sich das Bruttoinlandsprodukt auf 71,462 Milliarden Dollar. Das Land liegt an der nördlichsten Spitze Südamerikas und ist von fünf anderen Nationen umgeben, zu denen auch Brasilien gehört, das größte Land in Lateinamerika, Venezuela, das Land mit den größten Ölvorkommen, und Panama, das Land mit dem Kanal, der die Ozeane verbindet. In Kolumbien sind viele unserer ehrwürdigsten kulturellen Traditionen beheimatet, und unser größter Held, Simón Bolívar, hat in seiner Geschichte die bedeutendste Rolle gespielt. Andererseits ist das Land leider auch einer der größten Rauschgiftproduzenten der Welt, und seine Bevölkerung leidet auch heute noch unter einer Ära organisierter Gewalt, die in der Geschichte des Kontinents am weitesten zurück reicht. Wir müssen uns also fragen, ob uns die Zukunft eines solchen Volkes kollektiv am Herzen liegen sollte oder nicht? Und wenn ja: Was können wir um unserer eigenen Zukunft wie auch um der Zukunft Kolumbiens willen tun, um unsere Solidarität effektiv zu gestalten, ohne weder unsere eigenen Realitäten noch das Recht des kolumbianischen Volkes auf Identität und Selbstbestimmung zu missachten?

Eines liegt auf der Hand: Die Antwort kann und darf auf keinen Fall „nichts“ lauten.

■ **Was können wir um unserer eigenen Zukunft wie auch um der Zukunft Kolumbiens willen tun, um unsere Solidarität effektiv zu gestalten, ohne weder unsere eigenen Realitäten noch das Recht des kolumbianischen Volkes auf Identität und Selbstbestimmung zu missachten?**

Der Text wurde von Wilfried Becker aus dem Englischen übersetzt.